

Rede bei Bundespolizei am Schöneberger Ufer, 8. Mai 2022

Im Februar hat der immer wieder auf- und abschwelende Konflikt in der Ukraine durch einen offenen russischen Angriff auf das gesamte Staatsgebiet der Ukraine auf mehreren Fronten eine neue Dimension angenommen. Seit dem spitzt sich der Konflikt weiter zu und hat laut Schätzungen bereits zu etwa 5,7 Millionen aus der Ukraine fliehenden Menschen geführt (Stand Anfang Mai).

In Deutschland entfachte sich eine große Solidarität für die fliehenden Menschen. Wie selbstverständlich wurde humanitäre und institutionelle Hilfe geleistet, das ist großartig.

Anfang März hatte die Europäische Union entschieden, Flüchtenden aus der Ukraine pauschal Zuflucht zu gewähren. Die deutsche Innenministerin Nancy Faeser wollte "unbürokratisch" helfen und es wurde eine staatliche Grundsicherung per Hartz IV beschlossen. Außerdem kostenlose und vergünstigte Bahntickets zur (Weiter-)Reise. Sowie eine ausgeprägte Willkommenskultur an den Bahnhöfen. Das ist toll. Menschen, die Hilfe benötigen, muss Unterstützung gewährt werden.

**Doch die Frage ist und bleibt: Für wen ist all diese Hilfe zugänglich und wem wird sie verwehrt? Unsere Freude wird getrübt durch die Heuchlerei der Regierungen und die Selektivität dafür, wem Hilfe zugänglich gemacht wird und wem nicht.**

Was ist mit den Menschen, die seit Monaten an der belarussisch-polnischen Grenze verprügelt werden, illegale Pushbacks erleiden und dort erfrieren? Was ist mit den Menschen, die über das Mittelmeer fliehen, wo seit 2014 über 23.000 Menschen auf der Flucht ertrunken sind? Wo bleibt der Aufschrei? Rassistische Zuschreibungen und Politiken haben diesen Menschen bisher Hilfen und Unterstützung der Institutionen, aber auch der Breite der Gesellschaft, verwehrt. Die EU ist nicht solidarisch. Sie verfolgt eine rassistische ausschließende Politik. Deutschland ist kein solidarischer Staat, sondern der viertgrößte Waffenproduzent!

Auch im Ukraine-Krieg ist die Selektivität der Hilfe erschreckend. Menschen, die keinen ukrainischen Pass besitzen werden viele der Unterstützungen und Hilfen nicht zugänglich gemacht oder aktiv verwehrt. Immer wieder werden Stimmen laut, welche berichten, dass Menschen aus rassistischen Motiven die Fahrt mit den Zügen zur Überquerung der EU-Grenze und auch an der polnisch-deutschen Grenze verwehrt wurde.

Nun stehen wir hier vor einem Gebäude der Bundespolizei, genauer der Bundespolizeidirektion 11. In Frankfurt Oder werden beispielsweise Züge, die aus der Ukraine kommen, von der Bundespolizei, also von Beamt\*innen, wie sie hier arbeiten, kontrolliert. Vielfach werden Menschen ohne ukrainischen Pass, teils brutal, an der Weiterreise gehindert.

Die Bundespolizei sagt in Stellungnahmen, sie suche nach „Trittbrettfahrenden“, Menschen, die ihrer Meinung nach die Situation „ausnutzen“ um nach Deutschland zu kommen, ohne aus der Ukraine zu fliehen. Jedoch wird immer wieder von Betroffenen und Helfenden berichtet, dass vornehmlich Schwarze und People of Colour diese Kontrollen durchlaufen müssen - eindeutiges Racial Profiling.

Dies ist Teil eines Konstruktes, welche in „Gute“ und „Böse“ Geflüchtete unterteilt, und Unterstützung nur einem kleinen, vornehmlich weißen, Teil zukommen lässt.

Unter anderem die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD) fordert die unverzügliche und unbürokratische Grenzüberschreitung auch für Schwarze und afrikanische Menschen, die der aktuellen Kriegssituation entfliehen müssen. Sowie die Gewährung der gleichen Rechte für alle Flüchtenden.

Wir stellen uns hinter diese Forderung und klar gegen die rassistischen Grenzkontrollen der Bundespolizei und anderer sogenannter „Grenzschutz“-Organisationen. Es gibt keine Grenzen, die geschützt werden müssen, sondern Menschen. Es gibt keine „Guten“ und „Bösen“ Geflüchteten. Jeder Mensch, der seiner Situation entflieht, muss das Recht auf Zuflucht haben!

Und lasst uns nicht vergessen, dass es oft die imperialen Verbrechen sind, die Menschen zur Flucht zwingen. Die Oranienplatzbewegung sagt: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört habt.“

Lasst uns echte Solidarität zu unserer alltäglichen Praxis machen - Grenzenlos, antirassistisch und staatskritisch! Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen und instrumentalisieren.

Selbstorganisierte Gruppen und Bündnisse wie das Tubman Network, das sich momentan explizit für die Aufnahme von BIPOC\*, Sintize und Romnja\* und LGBTQIA+ einsetzt, zeigen wie diese Solidarität aussehen kann.

**Lasst uns zusammen für die gleichen Rechte für alle Menschen kämpfen - Jetzt und auf Dauer!**